

Ökonomen uneins über möglichen Konjunkturunbruch in Deutschland

Berlin, 13.11.2012, 15:44 Uhr

GDN - Ökonomen in Deutschland sind uneins darüber, ob sich Deutschland angesichts schwacher Konjunkturprognosen auf einen Wirtschaftseinbruch einstellen muss. "Die Gefahr einer Rezession in Deutschland wächst derzeit Monat um Monat", sagte der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Gustav Horn, "Handelsblatt-Online".

"Die Ursache ist der durch die Austeritätspolitik begründete Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in den Krisenländern des Euro-Raums." Der Konjunkturchef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Ferdinand Fichtner, warnt dagegen vor Panikmache. In der Tat zeichne sich zwar eine konjunkturelle Eintrübung auch in Deutschland ab. "Von der nachlassenden Weltkonjunktur und insbesondere der Nachfrageschwäche aus dem Euro-Raum können wir uns natürlich nicht abkoppeln", sagte Fichtner "Handelsblatt-Online". "Grund zur Panik besteht aber nicht, von Konjunkturunbruch kann bisher überhaupt nicht die Rede sein." So hält Fichtner auch einen Rückgang der Produktion im vierten Quartal für "nicht besonders wahrscheinlich, geschweige denn dass bereits Anzeichen einer Rezession erkennbar wären". Die Binnennachfrage, also vor allem der private Verbrauch, in Deutschland sei vielmehr dank der guten Arbeitsmarktsituation weiterhin eine solide Stütze für die Konjunktur. In den Schwellenländern und insbesondere in China ziehe die Konjunktur außerdem schon wieder an. Dies könne dann ab Anfang nächsten Jahres auch wieder für eine Belebung der deutschen Exporte sorgen. "Insofern besteht aus meiner Sicht kein Grund, mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf die schwächere Entwicklung zu reagieren", sagte Fichtner. Es sei zudem "überhaupt nicht einzusehen, dass die Nachfrageschwäche jetzt auf den Steuerzahler abgewälzt wird, indem wieder konjunkturelle Stützungsmaßnahmen oder die Kurzarbeit bemüht werden", fügte der Ökonom hinzu. "Wir erleben eine ganz normale Schwächephase, ein ganz normales Geschäftsrisiko für die Unternehmen. Kein Grund für die Politik, einzugreifen." IMK-Chef Horn rät der Bundesregierung dagegen nach den Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise zu einer Stabilisierungspolitik, die am Arbeitsmarkt ansetzt. "Dringend wäre vor allem die Dauer für Kurzarbeit wieder auszudehnen", sagte er. Darüber hinaus müsse der Staat alle konjunkturbedingten Haushaltsdefizite hinnehmen. "Schließlich sollten Mehreinnahmen, die aus Steuererhöhungen für Vermögen und Erbschaften resultieren könnten, zu entsprechend höheren Ausgaben im Bildungssektor und für die Energiewende genutzt werden", sagte Horn weiter. "Von all diesen Maßnahmen könnte ein nennenswerter Impuls für die Konjunktur in Deutschland und im Euro-Raum ausgehen."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-2271/oekonomen-uneins-ueber-moeglichen-konjunkturunbruch-in-deutschland.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com